

Referat/Amt:  
OBM/13-3/SCI

Bearbeitet von:  
Christiane Eckert

Tel.Nr.:  
0 91 31 / 86-2233

---

**Bürgerversammlung für das Versammlungsgebiet  
„Röthelheim/Rathenau“ am 17. Januar 2006;  
hier: Abschlussbericht**

---

Beratungsfolge	Sitzungs-termin	öff.	nöff.	Gutachten	Beschluss	Abstimmungsergebnis		
						ein- stimmig	für	gegen
HFPA	14.02.07	MzK						

---

**Beteiligungen**

---

**Finanzielle Konsequenzen; Angaben über dauerhafte Haushaltsbelastungen, z.B. Investitionsfolgekosten (Unterhalt, Personalkosten u.ä.) sind verpflichtend!**

**keine**

---

**Mitteilung zur Kenntnis des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses  
am 14.02.07**

Der Abschlussbericht des Büros für aktive Bürgerinnen und Bürger wird zur Kenntnis genommen, **die Anliegen aus der Bürgerversammlung am 17. Januar 2006 sind damit behandelt.**

**HFPA** Vorsitzende/-r:

Berichtersteller/-in:

Gez. Dr. Balleis

Gez. Schmitt

II. Sachbericht

Am 17. Januar 2006 wurde für das Versammlungsgebiet „Röthelheim/Rathenau“ eine Bürgerversammlung durchgeführt. Nachfolgend das Ergebnis der vorgetragenen Anliegen, die von der Verwaltung zeitnah bearbeitet und beantwortet wurden.

**Bürgerversammlung für das Versammlungsgebiet „Röthelheim/Rathenau“  
am 17. Januar 2006; Abschlussbericht**

LfdNr	Anliegen	Bearbeitung	Antwort
1	<p><u>Ein Bürger</u> hat bemerkt, dass in der Stintzingstraße/ Ecke Nürnberger Straße zwischen Hans-Geiger-Straße und Strümpellstraße öfters Fußgänger längere Zeit stehen, die die Fahrbahn der Stintzingstraße überqueren wollen. Die Stintzingstraße ist zwar als Tempo 30-Zone ausgewiesen, dennoch stehen die Fußgänger sehr lange, da durch parkende Fahrzeuge die Sicht auf die Fahrbahn eingeschränkt ist.</p> <p>Weiterhin spricht er sich für die angedachte zweite Ausfahrt des Eigenbetriebes für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung in das Industriegebiet aus. Er erläutert, dass der Eigenbetrieb - ohne die Ein- und Ausfahrten des Winterdienstes - ca. 800 Ein- und Ausfahrten durchführt. Durch die zweite Ausfahrt würde wahrscheinlich auch der immense Verkehr in der Stintzingstraße verringert.</p> <p>Der Bürger geht auf die Taxis an den Taxiständen ein, welche bei kalten Temperaturen den Motor laufen lassen. Er bittet, die Taxiunternehmer aufzufordern, sich Standheizungen anzuschaffen, da durch die laufenden Motoren die Umwelt verschmutzt wird. Außerdem verbraucht ein laufender Dieselmotor ca. 14 Liter/Stunde und eine Standheizung hingegen nur ca. 7 Liter/Stunde.</p> <p>Der Bürger teilte nachträglich mit, dass eine Standheizung ca. 0,7 Liter/Stunde verbraucht.</p>	<p><u>Herr Oberbürgermeister Dr. Balleis</u> erläutert, dass er am 16. Januar 2006 ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Taxigenossenschaft geführt hat, welcher ihm ein umfangreiches Konzept übergeben hat. Mit diesem Konzept will die Taxigenossenschaft im Sinne von Qualitätsmanagement mehr Komfort für die Fahrgäste evtl. bis hin zur Zertifizierung schaffen. Ein Anschreiben an die Taxigenossenschaft mit der Bitte, Standheizungen anzuschaffen, wird erfolgen.</p> <p><u>Herr Bruse, Referent für Stadtplanung und Bauwesen</u>, teilt mit, es müsse bedacht werden, dass mit einer zweiten Ausfahrt des Eigenbetriebes ins Industriegebiet evtl. eine zusammenhängende Baufläche auf dem „Kempe-Gelände“ durchschnitten wird. Das Referat für Stadtplanung und Bauwesen wird sich aber mit dem Vorschlag befassen und die Konsequenzen abwägen. Eine absolut zwingende Notwendigkeit wird nicht gesehen. Die Vor- und Nachteile einer solchen Erschließung müssen ermittelt werden.</p> <p>Bezüglich des Fußgängerüberweges mit evtl. einem Zebrastreifen oder einer Vorampel in der Stintzingstraße übergibt <u>Herr Bruse</u> das Wort an <u>Herrn Hanisch, Ordnungs- und Straßenverkehrsamt</u>.</p> <p><u>Herr Hanisch</u> erklärt, dass es für die Einrichtung eines Zebrastreifens Richtlinien und einschlägige Bestimmungen gibt, welche eingehalten werden müssen. Nach diesen Bestimmungen sind Zebrastreifen in Tempo 30-Zonen nicht vorgesehen. Auch die ganz entscheidende Voraussetzung, dass bei einem Zebrastreifen in der Spitzenstunde der Überquerung mind. 50 Fußgänger queren müssen, wird nicht erfüllt. In Absprache mit <u>Herrn Utzmann, Polizeiinspektion Erlangen-Stadt</u>, teilt <u>Herr Hanisch</u> mit, dass es aus Sicht der Polizei und auch des Ordnungs- und Straßenverkehrsamtes möglich ist, die Fußgängerschutzanlage an der Stintzingstraße / Ecke Nürnberger Straße zur sicheren Querung der Straße zu nutzen.</p> <p><u>Herr Bruse</u> nimmt das Anliegen trotzdem nochmals zur eingehenden Prüfung entgegen.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.</p> <p>Ein Schreiben an die Taxigenossenschaft wurde durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger gefertigt.</p>

		<p>Für die nördlich angrenzenden ca. 7 ha großen Flächen wird derzeit ein 1. Deckblatt zum Bebauungsplan Nr. 315 – Rathenau Süd – mit der Zielstellung aufgestellt, eine kleinteiligere gewerbliche Nutzung durch eine schleifenartige Erschließung ermöglicht wird.</p> <p>Ein entsprechendes Erschließungskonzept wurde hierzu einvernehmlich mit der Grundstückseigentümersin erarbeitet und in Teilen (Umbau Karl-Zucker-Straße, Einmündung Planstraße) bereits umgesetzt. Im Einzelnen sieht dieses Konzept vor, zweiseitig gewerbliche Baugrundstücke zu erschließen, wobei die jeweiligen Baugrundstücke bisher nur in ihrer Tiefe bestimmt sind und in ihrer Breite bedarfsgerecht festgelegt werden können. Die Leistungsfähigkeit der verkehrlichen Erschließung wurde gutachterlich nachgewiesen und ist durch die Karl-Zucker-/Koldestraße begrenzt.</p> <p>Vor diesem Hintergrund würde eine nördliche Ausfahrt zum einen eine ca. 80 – 100 m lange Zu- und Ausfahrt bis zu der geplanten Straße erfordern und zum anderen die Parzellierung der künftigen gewerblichen Baugrundstücke determinieren.</p> <p>Die Anregung wird entsprechend dem Eingang in die weiteren planerischen Überlegungen und Abstimmungen sowohl des laufenden Bebauungsplanverfahrens als auch zur baulichen Neuordnung des städtischen Bauhofs finden.</p>	
2	<p><u>Ein Bürger</u> teilt mit, dass in der Emil-Kränzlein-Straße Anhänger einer Firma abgestellt werden, welche die Sicht für Fußgänger, vor allem aber für Kinder, stark behindern. Er hatte bereits Ortsbegehungen mit dem Ordnungs- und Straßenverkehrsamt und hat auch mehrmals gebeten, dass etwas an der Situation geändert wird. Dies blieb bisher aber ohne Erfolg. Herr Waßmer erklärt, er hätte in der Albert-Rupp-Straße eine Auflage bekommen, dass neben der Garage ein Parkplatz eingerichtet werden muss, um die Straße von parkenden Fahrzeugen frei zu halten. Er möchte wissen, warum eine Firma, die kein Anwohner ist, ihre Fahrzeuge dort abstellen darf.</p>	<p><u>Herr Hanisch</u> erklärt, dass bereits Ortsbegehungen erfolgt sind, in welchen Möglichkeiten zur Abhilfe erörtert wurden. Er erklärt auch, dass das vorübergehende Abstellen von Anhängern nach der Straßenverkehrsordnung nicht verboten ist. Die Emil-Kränzlein-Straße ist ein Mischgebiet und kein reines Wohngebiet, daher hat das Ordnungs- und Straßenverkehrsamt keine Handhabe, gegen die abgestellten Anhänger vorzugehen, außer es kann nachgewiesen werden, dass die Anhänger länger als 14 Tage dort stehen.</p> <p>Es wurde festgelegt, dass die Kindermarkierungen auf der Straße zum Kindergarten erneuert werden. Es wird auch geprüft, ob eine Kurzparkzone in diesem Bereich eingerichtet werden kann. Im Winter ist es allerdings aufgrund der Witterung nicht möglich, die angeordneten Maßnahmen durchzuführen.</p> <p>Es wurde eine Verkehrsanordnung erstellt, die eine Kurzzeitparkzone von einer Stunde vorsieht. Der Bereich wird im Rahmen der personellen Möglichkeiten verstärkt kontrolliert. Zur Verbesserung der Sichtverhältnisse wird das Haltverbot an der Westseite der Nürnber-</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.</p>

		ger Straße zwischen Rathenau- und Emil-Kränzlein-Straße um 5 m in Richtung Norden versetzt.	
3	<p>Ein Bürger erklärt, dass die Schenkstraße auf der rechten Seite bis zur Hausnr. 96 nummeriert ist, anschließend folgt eine Biegung bis zum Röthelheim. Von dort führt die Schenkstraße dann wieder zurück bis zur Hausnr. 118. Er wohnt seit 7 Jahren vor Ort, in diesen Jahren gab es viermal eine dramatische Situation, in denen ein Rettungswagen die Hausnr. nicht gefunden hat. Vor fünf Jahren ist eine Nachbarin durch die Verspätung des Rettungswagens verstorben. Ein Problem ist auch, dass man in die „kleine“ Schenkstraße nicht einfahren kann, da die Höhe des Torbogens das Einfahren verhindert. Es wird zwar durch ein Straßenschild auf die Hausnrn. 98 bis 118 hingewiesen, dieses ist allerdings sehr klein.</p> <p>Herr Dr. Balleis schlägt vor, ein größeres Hinweisschild für die Hausnrn. anzubringen und die Rettungsdienste evtl. gesondert auf die Besonderheit der Straßen hinzuweisen.</p> <p>Der Bürger weist außerdem auf wildes Parken in der Schenkstraße zur Einmündung Hartmannstraße, auf der rechten Seite der Hartmannstraße, hin. Er erklärt, dass man mit dem PKW sehr weit in die Hartmannstraße vorrücken muss, um den von rechts kommenden Verkehr beobachten zu können. Bei diesem Vorrücken muss der von links kommende Radweg überquert werden, wodurch dann auch der Verkehr aus dieser Richtung behindert wird. In der Hartmannstraße ist zwar ein eingeschränktes Haltverbot angebracht, dieses ist aber sehr wirkungslos. Das Problem sind dort auch ein Lieferwagen und ein Anhänger, welche vorwiegend auch am Wochenende dort abgestellt werden und eine hohe Gefährdung darstellen.</p>	<p>Die Hausnummernbeschilderung für die Schenkstraße 84 bis 118 entspricht „Erlanger Standard“ und ist somit als ausreichend und bewährt einzustufen. Das Hinweisschilder in der Straße „Am Röthelheim“ wird um das Zusatzschild „Schenkstraße“ erweitert.</p> <p>Das eingeschränkte Haltverbot wurde in ein absolutes Haltverbot umgewandelt.</p>	Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.
4	Ein Bürger schlägt vor, eine ähnliche Lösung wie bei der Mittelinsel in der Koldestraße auch in der Schenkstraße zu praktizieren.	Herr Hanisch teilt mit, dass die Feuerwehr selbstständig prüft, in welchen Bereichen sie Anfahrtsprobleme hat und dann auf die Verwaltung zugeht, in dem sie mitteilt, wo die Einrichtung von Feuerwehranfahrtszonen, Feuerwehrezufahrten oder Haltverboten wichtig	Die Beantwortung erfolgte in der Bürgerversammlung.

	<p>Weiterhin geht er auf den Brand in der Bissingerstraße ein, welcher sich vor ein paar Monaten ereignet hat. Er lobt die Feuerwehr, die sehr schnell am Einsatzort war. Das Problem sind aber die vielen geparkten Fahrzeuge in dieser engen Straße. Er möchte wissen, ob die Feuerwehr im Alltag prüft, in welchen Straßen sie Probleme beim Einfahren hat oder ob dies Aufgabe des Planungsamtes ist.</p>	<p>wäre.  <u>Herr Dr. Balleis</u> schlägt vor, die genannte Situation in der Bissingerstraße an die Feuerwehr zu melden, um evtl. eine unangemeldete Übung durchzuführen.</p>	
5	<p><u>Ein Bürger</u> möchte wissen, ob es möglich ist, in der Komotauer Straße eine Tempo 30-Zone einzurichten. Er teilt mit, dass es durch den regen Verkehr, insbesondere im Umfeld des Siemens Sportcenters, regelmäßig zu gefährlichen Situationen kommt.</p>	<p><u>Herr Hanisch</u> erklärt, dass auch beim Einrichten von Tempo 30-Zonen die Vorschriften und Voraussetzungen der Straßenverkehrsordnung beachtet werden müssen. Es wurde zwar in der Stintzingstraße zwischen der Nürnberger Straße und der Koldestraße eine Tempo 30-Zone eingerichtet, dies war aber nur aufgrund der großzügigen Bewertung der Örtlichkeit durch die Verwaltung möglich, da nicht alle geforderten Voraussetzungen vorliegen. Im Bereich der Komotauer Straße allerdings liegen aus Sicht des Ordnungs- und Straßenverkehrsamtes sowie der Polizei keine Voraussetzungen vor, um eine Tempo 30-Zone einzurichten. Die Komotauer Straße ist keine klassische Wohnstraße. In der Stintzingstraße hingegen befinden sich eine Apotheke, eine Schule, eine Arztpraxis, eine Zweigstelle der Sparkasse und ein kleines Einkaufszentrum, weshalb viele Fußgängerquerungen stattfinden. Diese häufigen Fußgängerquerungen sind auch eine Voraussetzung der Straßenverkehrsordnung, um eine Tempo 30-Zone einzurichten. Vom Ordnungs- und Straßenverkehrsamt sowie von der Polizei werden diese Querungen in der Komotauer Straße nicht gesehen.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte in der Bürgerversammlung.</p>
6	<p><u>Ein Bürgerin</u> spricht sich für die Tempo 30-Zone in der Komotauer Straße aus, da dort zwei Arztpraxen ansässig sind und auch viele Fußgänger die Straße queren.</p>	<p><u>Herr Hanisch</u> erklärt, dass die Wohnbebauung in der Stintzingstraße wesentlich dichter ist als in der Komotauer Straße, da dort überwiegend Einfamilienhäuser stehen. In der Komotauer Straße ist z.B. zwischen der Österreicher Straße und der Nürnberger Straße gar keine Wohnbebauung vorhanden. Er teilt auch mit, dass sich die Verwaltung an die gesetzlichen Vorschriften halten muss, da es auch Gegner von Tempo 30-Zonen gibt, die gegen solche Klage erheben können. Die Anordnung der Tempo 30-Zone muss dann vor dem Verwaltungsgericht Bestand haben.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte in der Bürgerversammlung.</p>
7	<p><u>Eine Bürgerin</u> unterstützt ebenfalls die Einrichtung einer Tempo 30-Zone in der Komotauer Straße.          Sie gibt an, dass im Bereich der Tempo 30-Zone in der</p>	<p><u>Herr Dr. Balleis</u> bittet <u>Herrn Utzmann</u>, die gewünschten Messungen durchzuführen. Er schlägt weiterhin vor, die Verkehrswacht um Messungen in diesem Bereich zu bitten.</p>	<p>Eine gesonderte Antwort ist nicht notwendig.</p>

	<p>Stintzingstraße von der Nürnberger Straße bis zur Koldestraße die Geschwindigkeitsbegrenzung nicht eingehalten wird. Sie erläutert, dass mit der Einführung einer Tempo 30-Zone in der Komotauer Straße eine Vernetzung der Zonen stattfinden würde, was dazu beitragen würde, dass die Autofahrer an der Ampel nicht Gas geben sondern gemäßigt weiterfahren würden. Des Weiteren teilt sie mit, dass im Sommer häufige Querungen über die Komotauer Straße stattfinden, da dies der günstigste Weg ins Schwimmbad ist.</p> <p>Sie bittet, in den Tempo 30-Zonen im o.g. Gebiet häufiger Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen.</p>		
8	<p>Eine <u>Bürgerin</u> beklagt ebenfalls die Situation durch die abgestellten Anhänger. Sie teilt mit, dass man von der Emil-Kränzlein-Straße kommend nicht in die Nürnberger Straße einsehen kann, da die Sicht durch die Anhänger versperrt wird. Besonders für Schulkinder ist diese Situation sehr gefährlich.</p>	<p>Herr Dr. Balleis bittet <u>Herrn Hanisch</u>, den genannten Bereich durch die kommunale Verkehrsüberwachung verstärkt zu überwachen.</p> <p>Zur Verbesserung der Sichtverhältnisse wird das Haltverbot an der Westseite der Nürnberger Straße zwischen Rathenau- und Emil-Kränzlein-Straße um 5 m in Richtung Norden versetzt.</p>	<p>Eine gesonderte Beantwortung ist nicht notwendig.</p>
9	<p>Eine <u>Bürgerin</u> gibt an, dass in der Hans-Geiger-Straße und der Stintzingstraße wild geparkt wird. Dies geschieht vor allem an Kreuzungen, dort wird dann der Mindestabstand von 5 Metern zur Kreuzungsmitte nicht eingehalten. Sie erklärt auch, dass die Feuerwehr z.B. durch die Aufseßstraße nur fahren kann, weil dort im Haltverbot auf dem Gehweg geparkt wird. Auch Passanten mit einem Kinderwagen oder Fahrrad können den Gehweg nicht benutzen. Sie bittet, auch hinsichtlich der Schulwegsicherheit an dieser Situation etwas zu ändern.</p>	<p>Eine Überwachung im Außenbereich ist mit dem derzeitigen Personalbestand nicht möglich. Der Überwachungsschwerpunkt ist im Innenstadtbereich.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte telefonisch durch das Ordnungs- und Straßenverkehrsamt.</p>
10	<p>Eine <u>Bürgerin</u> erklärt, dass die Busfahrer die Ampel in der Komotauer Straße / Stintzingstraße / Nürnberger Straße per Funk auf Grün schalten können. Sie bittet, trotz dieser Erleichterung für den Busverkehr für die Fußgänger eine ausreichend lange Grünphase zu schalten. Es kommt vor, dass sich kleinere Kinder in der Mitte der Straße befinden, wenn die Ampel auf Rot schaltet und dann wieder zurücklaufen. Des Weiteren</p>	<p>Eine Busanforderung hat keine Einfluss auf die verkehrstechnisch gesicherten Mindestgrünzeiten. Die angesprochene Lichtsignalanlage wurde eine Mindestgrünzeit von 8 sec. eingerichtet. Entsprechend der Richtlinie ist diese Zeit ausreichend und garantiert eine sichere Überquerung, auch wenn die Ampel auf halb zurückgelegtem Weg auf Rot schaltet.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.</p>

	<p>müssen die Kinder dort auch auf Abbieger achten.</p> <p><u>Herr Bruse</u> erklärt, dass die Räumzeiten so eingerichtet sind, dass man auch beim Umschalten der Ampel auf Rot noch gefahrlos die Straßen überqueren kann. Er konnte noch nicht beobachten, dass Personen beim Umschalten der Ampel auf Rot umgekehrt und zurückgelaufen sind. Er erklärt weiterhin, dass die Schaltungen der Signalanlagen an der Kreuzung je nach Verkehrsbelastung ausgerichtet werden müssen. Es sind aber in jedem Fall ausreichende Räumzeiten eingerichtet. Die genannte Schaltung kann aber nochmals überprüft werden.</p> <p><u>Herr Dr. Balleis</u> teilt mit, dass neue Verkehrsrechner installiert werden und diese erst Schritt für Schritt angepasst werden müssen. Es wird dabei darauf geachtet, dass Konfliktsituationen sicher gelöst werden.</p>		
11	<p><u>Ein Bürger</u> teilt mit, dass seit 20 Jahren ein Gebäude an der Reichswaldstraße 19 leersteht und das Grundstück verwildert ist. In dieser auch für Kinder und Jugendliche günstigen Lage wird oft nach Möglichkeiten gefragt, dieses Haus anzumieten. Der Bürger möchte wissen, ob die Stadt Erlangen Möglichkeiten hat, auf die Besitzerin einzuwirken, um eine terminlich festgelegte positive Änderung dieser Situation herbeizuführen.</p> <p><u>Herr Dr. Balleis</u> teilt mit, dass sich das Gebäude in Privateigentum befindet. Solange keine Gefährdung im öffentlichen Recht vorliegt, kann die Stadt Erlangen nicht auf die Besitzerin einwirken. Er erklärt aber auch an, dass er es für schlecht hält, wenn Menschen einen angemessenen Wohnraum suchen und ein Haus 20 Jahre lang leer steht. Er bittet den Bürger um den Namen der Eigentümerin, um diese anzuschreiben.</p>	Eine Namensnennung erfolgte nicht.	Eine Beantwortung erfolgte nicht.
12	<p><u>Ein Bürger</u> beklagt, dass die Bemühungen der Stadtverwaltung, Erlangen zu einer „Gesundheitsstadt“ zu machen, vom freien Verkauf von Zigaretten an Automaten unterlaufen werden. Er gibt auch an, dass die</p>	In Bezug auf Zigarettenautomaten an Gebäuden der GEWOBAU, teilte mir Herr Gerngroß mit, dass zwischen der GEWOBAU und den Automatenbetreibern längerfristige Verträge bestehen. Vor einer Genehmigung erfolgt jedoch eine genaue und sorgfältige Abstimmung.	Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.

	<p>meisten Automaten auf dem Gelände der GEWOBAU stehen. Herr Bürgermeister Lohwasser hat sich dieses Anliegens angenommen. Weiterhin möchte er wissen, ob die Stadt Erlangen auf die privaten Pächter der Automaten einwirken kann, diese in der Nähe von Schulen so rasch wie möglich zu entfernen.</p> <p><u>Herr Dr. Balleis</u> nimmt das Anliegen, soweit es die GEWOBAU betrifft, nochmals auf, da Herr Lohwasser dieses im Aufsichtsrat einbringen kann.</p> <p>Er informiert weiterhin darüber, dass im Bereich der Altstadt bereits eine große Anzahl von Automaten, vor allem an denkmalgeschützten Gebäuden, entfernt werden müssen. Er berichtet, dass eine große Anzahl von Vertretern der Firmen, welche diese Automaten aufstellen, in der Oberbürgermeister-Sprechstunde waren und auch dort darauf hingewiesen wurden, dass die Stadt Erlangen an der Entfernung der Automaten festhalten wird. Es wurde ein sehr offenes Gespräch geführt, in dem kleine Zugeständnisse hinsichtlich der Entfernungsfrist gemacht wurden. Insgesamt müssen aber ca. 100 Zigarettenautomaten im Stadtgebiet entfernt werden.</p> <p><u>Herr StR Thaler</u> wirft ein, dass Zigarettenautomaten, die kleiner als ein Quadratmeter sind, genehmigungsfrei sind.</p>	<p>mung zwischen der GEWOBAU und den Betreibern. Auch wird darauf geachtet, keine Automaten in der Nähe von Schulen und Betreuungseinrichtungen für Kinder aufzustellen.</p> <p>Grundsätzlich hat jeder Antragsteller einen Anspruch auf die Erteilung einer Baugenehmigung, wenn das Vorhaben die öffentlich rechtlichen Vorschriften, welche im Genehmigungsverfahren zu prüfen sind, einhält. Gesundheitliche Ziele der Stadt Erlangen sind leider keine Belange des öffentlichen Baurechts. Der „Wildwuchs“ von Verkaufsautomaten wird vom Bauaufsichtsamt in soweit aktiv angegangen, als dafür Rechtsgrundlagen vorhanden sind. So wurden beispielsweise seit dem Sommer 2005 ca. 30 Zigaretten- und Mobilfunkkartenautomaten aufgegriffen, die der Gestaltungssatzung des Altstadtensembles von Erlangen widersprachen. Das angeregte „Einwirken auf Privatpersonen“, d. h. eine freiwillige Überzeugungsarbeit gegenüber Hausbesitzern in der Nähe von Schulen, auf Einnahmen aus Pachtverträgen mit Automatenbetreibern zu verzichten, kann seitens des Fachamtes nicht geleistet werden und widerspricht dem Neutralitätsgebot. Des weiteren benötigen Zigarettenautomaten, die auf städtische Grundstücke hinausragen (z. B. wenn sie an einer Mauer, die an eine Gehweg grenzt, angebracht sind) eine sogenannte Sondernutzungs Erlaubnis.</p>	ger.
13	<p><u>Ein Bürger</u> lobt den gelungenen Ausbau der Paul-Gossen-Kreuzung. Er weist aber auch auf die beim Ausbau verwendeten Bordsteine hin, die sehr scharfkantig sind. Er sieht darin eine erhebliche Gefahr für Fußgänger und Radfahrer. Aufgrund dessen hat Herr Moll beim ADAC nachgefragt, weshalb Bordsteine so scharfkantig sein können. Vom ADAC erhielt er die Auskunft, dass es sich bei solchen Bordsteinen um Billigeinkäufe aus Asien handelt.</p>	<p><u>Herr Bruse</u> teilt mit, dass Naturbordsteine sehr scharfkantig sind. Die Stadt München hat das Problem, dass Autofahrer sich an den scharfkantigen Bordsteinen die Reifen aufreißen. Dort müssen die Kanten von Naturbordsteinen nachträglich gebrochen werden. Die Stadt Erlangen verwendet aber Betonbordsteine.</p> <p><u>Herr Sperber, Tiefbauamt</u>, kann nicht sagen, ob es sich bei den Granitbordsteinen an der Paul-Gossen-Kreuzung nicht doch um Steine aus China handelt, da die Ausschreibung offen erfolgt.</p> <p><u>Herr Dr. Balleis</u> nimmt Bezug auf dieses Thema, da in der Stadt Passau eine große Diskussion um die Verwendung von Granitsteinen aus China ausgebrochen ist.</p>	Die Beantwortung erfolgte in der Bürgerversammlung.



		Herr Sperber erklärt, dass der Granitstein ein normaler Normstein ist, der unabhängig davon, ob er aus China oder Passau kommt, in dieser Art hergestellt wird. In der Regel werden an den Hauptverkehrsstraßen Granitsteine verwendet. Normalerweise fahren dort auch keine Radfahrer. In Bereichen, in denen die scharfkantigen Bordsteine zu Gefahren führen, werden diese durch eine Firma nachgebrochen.	
14	Ein Bürgerin teilt mit, dass das Angebot an Supermärkten und Ökomärkten in der Karl-Zucker-Straße zu groß ist. Nach ihrer Meinung ist deshalb keine „gesunde“ Konkurrenz mehr vorhanden. Alle diese Märkte bieten Gemüse an, welches aber aufgrund der ausbleibenden Kunden teilweise nicht mehr frisch ist. Die Anwohner sind enttäuscht, da sie, um frisches Gemüse zu bekommen, in den Handelshof gehen müssen, obwohl sie lieber zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu einem der nahegelegenen Einkaufsmärkte gehen bzw. fahren würden.	Herr Dr. Balleis gibt der Dame in Bezug auf die vielen dort ansässigen Einkaufsmärkte recht.  Herr Bruse erklärt, dass es nur begrenzte Möglichkeiten gibt, planungsrechtlich einzuschränken, um die Konkurrenz zu steuern. Es wird aber darauf geachtet, dass sich in diesem Bereich keine Märkte etablieren, die innenstädtisches Sortiment anbieten, um Leerstände in der Innenstadt zu vermeiden. Der Plus-Markt wurde z.B. auf dem „Kempe-Gelände“ neu errichtet, da er in der vorherigen Situation nicht hätte weiter existieren können. Im Rahmen des Bauplanungsrechtes kann nicht festgelegt werden, ob nur zwei oder drei Märkte zulässig sind.	Die Beantwortung erfolgte in der Bürgerversammlung.
15	Eine Bürgerin möchte wissen, was das Plakat mit der Aufschrift „800.000 Menschen mit Epilepsie bauen täglich Vorurteile ab“ an der Kreuzung Nürnberger Straße / Stintzingstraße zu bedeuten hat und weshalb dieses schon seit drei Jahren unverändert so dort steht.	Die Werbefläche steht auf Privatgrund. Das Plakat ist von den Bodelschwingschen Anstalten in Bielefeld. Dies ist eine sehr seriöse, kirchlich geprägte, soziale Organisation, die sich um behinderte Menschen kümmert.	Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.
16	Eine Bürgerin möchte wissen, ob Stellen in der Stadtverwaltung abgebaut bzw. gestrichen werden, wenn man eine Baumpatenschaft übernimmt.	Herr Dr. Balleis erklärt, dass durch die Übernahme von Baumpatenschaften keine Stellen abgebaut bzw. gestrichen werden. Die Stadt Erlangen kann leider nicht alle Grünflächen im Stadtgebiet bewirtschaften und möchte mit den Patenschaften erreichen, dass Bürger die Verantwortung für ein kleines Pflanzbeet oder einen Baum übernehmen und dieses/diesen pflegen.	Die Beantwortung erfolgte in der Bürgerversammlung.
17	Ein Bürger teilt mit, dass die Grünanlage gegenüber dem Vermessungsamt seit ca. 10 Jahren nicht mehr gepflegt wurde. Es sollte überlegt werden, ob die Grünanlage erneuert wird oder ob Parkplätze daraus entstehen können.	Die Fläche wurde für das Umweltjahr neu gestaltet und bepflanzt. Lt. den rechtsverbindlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 328 ist die Fläche als Gründliche ausgewiesen.	Eine gesonderte Beantwortung erfolgte nicht.
18	Ein Bürger merkt an, dass die Stadt Erlangen das Schloss Atzelsberg verkauft hat. Er möchte wissen, ob angedacht wurde, auch Kunstwerke aus der städt.	Herr Dr. Balleis erklärt, dass er bereits im Jahr 1996 bzw. 1997 angeregt hat, solche Kunstwerke zu veräußern. Dies wurde abgelehnt und führte dazu, dass zumindest eine Inventur der Kunstwerke er-	Die Beantwortung erfolgte in der Bür-

	Galerie, welche auf dem Dachboden des Stutterheim-schen Palais lagern, zu verkaufen.	folgte. Diese Inventur hat einige Jahre in Anspruch genommen. In der Zwischenzeit werden diese Kunstwerke in Ausstellungen für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Solange von der Politik keine Vorschläge zur Veräußerung der Kunstwerke gemacht werden, werden diese von Seiten der Kultur auch nicht verkauft. Herr Karl Manfred Fischer hat die Kunstwerke vor Jahren sehr günstig erworben. Diese sollten als „eiserne Reserve“ der Stadt Erlangen angesehen werden.	gerversammlung.
19	<p><u>Ein Bürger</u> erklärt, dass man in den öffentlichen Kas-sen erst die Ausgaben vermindern sollte, bevor die Einnahmen vermehrt werden. Er ist der Meinung, dass man im Bereich der bildenden Künste darauf achten sollte, ob die Ausgaben und das vorhandene Personal für diesen Bereich notwendig sind.</p> <p>Der Bürger ist der Meinung, dass man noch genauer auf die Ausgaben achten sollte, da er als Bürger ab diesem Jahr mehr Grundsteuer zahlen muss. Er wun-dert sich, dass das trotz der durchgeführten Aufgaben-kritik möglich ist.</p>	<p><u>Herr Dr. Balleis</u> teilt mit, dass im genannten Bereich keine Entlas-sungen vorgenommen wurden. Es gibt allerdings natürliche Fluktua-tionen und auch Ruhestandsversetzungen, so dass in den letzten Jahren Personal abgebaut wurde.</p> <p><u>Herr Dr. Balleis</u> erläutert, dass bei der Aufgabenkritik unter der Fe-derführung von Herrn Personalreferenten Gerd Lohwasser be-schlossen wurde, dass insgesamt 45 Planstellen eingezogen wer-den. Dabei handelt es sich um Planstellen, die nach Ausscheiden des Mitarbeiters nicht mehr besetzt werden. Dies dauert noch einige Zeit, da nicht alle Mitarbeiter auf andere Stellen versetzt werden können. Wenn die Aufgabenkritik aber Schritt für Schritt vollzogen sein wird, wird die Stadt Erlangen die Ausgaben für die genannten 45 Planstellen einsparen. Damit wird das Ziel verfolgt, die Personal-kosten in diesem Bereich zu reduzieren.</p>	Die Beantwortung erfolgte in der Bür-gerversammlung.
20	<u>Ein Bürger</u> teilt mit, dass er einem Leserbrief zur Um-benennung des Bahnhofes in Hauptbahnhof geschrie-ben hat. Nach seiner Meinung sollten die Rolltreppen im Bahnhof funktionieren. Wünschenswert wäre auch eine Tafel, auf der man sehen kann, welche Züge ab-fahren und bereits abgefahren sind, da der kleine Moni-tor, der im Eingangsbereich des Bahnhofes angebracht war, entfernt wurde.	<p><u>Herr Dr. Balleis</u> sagt eine Überprüfung bei der Deutschen Bahn AG zu. Er erläutert weiterhin, dass konsequent gegen die wild abgestell-ten Fahrräder auf dem Bahnhofsvorplatz vorgegangen wird. Es wird nun, wenn nötig täglich, mit der GGFA der Bahnhofsvorplatz von den Fahrrädern befreit. Diese können dann gegen Gebühr von wahrscheinlich 10 Euro wieder abgeholt werden. Links und Rechts neben dem Bahnhofsgebäude sind ausreichend Abstellmöglich-keiten für Fahrräder vorhanden, die anstelle des Bahnhofsvorplatzes genutzt werden sollen.</p> <p>Die Überprüfung bzgl. der Umbenennung des Bahnhofes ist noch nicht abgeschlossen.</p> <p>In der Wartehalle an einer zentraler Stelle und am Aufgang zu Gleis 4 wurden 42“ TFT-Monitore installiert, da die alten wegen irreparabe-ler Schäden abmontiert werden mussten.</p>	Eine gesonderte Antwort erfolgte nicht.

21	<p><u>Ein Bürger</u> teilt mit, dass es ihm um die „absurde“ Handhabung des Busfahrplans geht. Die Linien 281 und 289 fahren die Paul- Gossen-Straße im Tandem entlang und behindern einander. Wenn er mit der Bahn am Abend aus Nürnberg kommt, fährt die Linie 288 nicht mehr, so dass er die Linie 289 nehmen muss. Es wäre auch möglich, mit der 30er Linie zu fahren, um dann von der Paul-Gossen-Kreuzung aus zu laufen. Aber diese Busse fahren auch im Tandem und anschließend ist eine halbe Stunde Pause. Er bittet, dies zu entzerren, so dass man wenigstens alle 15 Min. mit einem Bus fahren kann.</p>	<p><u>Herr Frühwald, Erlanger Stadtwerke</u>, erklärt, dass die Linien 281 und 289 unterschiedliche Fahrziele haben, die Fahrgäste aber zur gleichen Zeit am Fahrziel sein möchten. Es ist daher problematisch, diese Linien zwischen den Fahrzeiten fahren zu lassen. Mit den Linien 288, 289, 281 und 201 ist es aber möglich, vom Zentrum zur Paul-Gossen-Straße zu fahren, so dass aus Sicht der Erlanger Stadtwerke ein ausreichendes Verkehrsangebot durch den Busverkehr vorhanden ist.</p> <p><u>Herr Dr. Balleis</u> bittet Herrn Frühwald, den Fahrplan nochmals zu prüfen.</p> <p>Nach einer Überprüfung der Fahrpläne wird die Aussage von Herrn Frühwald in der Bürgerversammlung bekräftigt.</p>	Die Beantwortung erfolgte in der Bürgerversammlung.
22	<p><u>Ein Bürger</u> möchte wissen, wo er sein Fahrrad abstellen sollte, wenn nicht direkt auf dem Bahnhofplatz.</p>	<p><u>Herr Dr. Balleis</u> weist darauf hin, dass rechts neben dem Bahnhofsgebäude, neben Gleis 1 und auch bei Gleis 4 ausreichend Parkmöglichkeiten für Fahrräder vorhanden sind. Diese Fahrradständer sollten evtl. besser ausgeschildert werden.</p> <p>Die DB AG hat das Wegeleitsystem zu den Fahrradständern überprüft und ggf. angepasst.</p>	Die Beantwortung erfolgte in der Bürgerversammlung. Eine gesondert Beantwortung erfolgte nicht.
23	<p><u>Eine Bürgerin</u> möchte wissen, wer für die Räder, die am Handlauf der Rampe befestigt sind, zuständig ist.</p>	<p><u>Herr Dr. Balleis</u> teilt mit, dass die Deutsche Bahn AG für diesen Bereich zuständig ist, diese Räder werden ebenfalls mit den Rädern auf dem Bahnhofsvorplatz entfernt werden.</p>	Die Beantwortung erfolgte in der Bürgerversammlung.
24	<p><u>Eine Bürgerin</u> teilt mit, dass beim Durchgang zwischen Kaufhof und Neuem Markt ein Schild angebracht ist, welches daraufhin weist, dass der Durchgang für Rettungsfahrzeuge freizuhalten ist. Der Durchgang steht aber immer voller Fahrräder. Sie bittet, dort auch durchzugreifen und die Räder zu entfernen.</p> <p>Die Bürgerin teilt weiterhin mit, dass sie bei einer der letzten Bürgerversammlungen schriftliche Fragen zum Thema Mobilfunk eingereicht hat, auf die sie bisher noch keine Antwort erhalten hat, obwohl Herr Dr. Balleis eine schriftliche Antwort zugesagt hat.</p>	<p>Die Situation im Bereich des Durchgangs zwischen dem Neuen Markt und dem Kaufhof bzgl. der abgestellten Fahrräder ist dem Ordnungs- und Straßenverkehrsamt bekannt. Es liegen bereits Überlegungen hinsichtlich einer Problemlösung vor. Derzeit stehen jedoch keine Ersatzflächen für die abgestellten Fahrräder zur Verfügung, weshalb die Fertigstellung der Arcaden abgewartet werden muss.</p> <p>Zum Thema Mobilfunk erfolgte eine sehr sorgfältige und umfassende Beantwortung.</p>	Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.
25	<p><u>Eine Bürgerin</u> bittet die Polizeiinspektion Erlangen-Stadt, in der Komotauer Straße die falsch geparkten Fahrzeuge an der Bushaltestelle am Siemens Stadion</p>		Eine Beantwortung war nicht notwendig.

	<p>zu verwarren.</p> <p>Sie bedankt sich beim Eigenbetrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung für die schöne Gestaltung der Gartenanlage am Ohmplatz.</p>		
26	<p><u>Eine Bürgerin</u> teilt mit, dass die Teilhauptschulen bayernweit aufgrund eines Beschlusses der Bayerischen Staatsregierung geschlossen werden. Dies betrifft auch die Friedrich-Rückert-Schule. Es wäre ein Anliegen der Eltern, den Schulsprengel dahingehend zu ändern, dass die Schüler der Friedrich-Rückert-Schule nicht in die Ernst-Penzoldt-Schule sondern in die Eichendorffschule gehen müssen. Der Schulweg zur Ernst-Penzoldt-Schule beträgt ca. 6,3 km. Der Weg zur Eichendorffschule hingegen kann von den Schülern in ca. 20 Min. zu Fuß gegangen bzw. in ca. 10 Min. mit dem Fahrrad gefahren werden. Es fanden bereits Umfragen unter den Eltern statt. Es wäre auch möglich, dass Schüler, die z.B. in der Friedrich-Bauer-Straße oder Stettinerstraße wohnen, in die Michael-Poeschke-Schule gehen. Sie bittet, auch entsprechend großzügig mit den Gastschulanträgen umzugehen, falls von einzelnen Schülern doch die Ernst-Penzoldt-Schule bevorzugt werden sollte.</p>	<p>OBM richtete ein Schreiben an die Leitende Schulamtsdirektorin Frau Hirschmann.</p> <p>Der Schulsprengel wurde auf die Ernst-Penzoldt und die Eichendorffschule aufgeteilt. Die Grenze verläuft an der Nürnberger Straße.</p> <p>Die Bürgerin war in das Verfahren eingebunden.</p>	<p>Eine Kopie des Schreibens wurde der Bürgerin übermittelt.</p>
27	<p><u>Eine Bürgerin</u> möchte wissen, ob die Polizei Möglichkeiten hat, in Tempo 30-Zonen bei Geschwindigkeitsübertretungen zu verwarren. Frau Heindel hat am Bahnhofsvorplatz beobachtet, wie die Polizei einen Fahrer verwarnt hat und ein anderer um die Polizisten und das angehaltene Fahrzeug herumgefahren ist, um einer Verwarnung zu entgehen.</p>	<p><u>Herr Utzmann</u> erklärt, dass in der Stintzingstraße aufgrund des Parkverkehrs die zulässigen 30 km/h nicht überschritten werden können. Von der Polizeiinspektion Erlangen-Stadt werden Geschwindigkeitsüberwachungen vor allem in den Nachtstunden vorgenommen. Dabei werden kombinierte ganzheitliche Kontrollen durchgeführt. Es werden nicht nur zu schnell fahrenden Fahrzeuge kontrolliert, sondern auch der Einfluss von Alkohol und Drogen. Die Verkehrspolizeiinspektion hat andere Geräte zur Geschwindigkeitsüberwachung (Lichtschranken usw.), welche auch tagsüber und im Bereich von Schulen und Kindergärten zum Einsatz kommen.</p> <p>Bezüglich des Durchfahrtsverbotes am Bahnhofsvorplatz ist die Polizei regelmäßig tätig und wird durch Unterstützungskräfte der Bereitschaftspolizei unterstützt. Es kann immer nur ein Fahrer beanstandet und gebührenpflichtig verwarnt werden.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte in der Bürgerversammlung.</p>

28	<p><u>Ein Bürger</u> bemängelt, dass er von der Polizei häufig die Auskunft bekommt, diese sei nicht zuständig.</p> <p>An der Ecke Nürnberger Straße parken Fahrzeuge an der Bushaltestelle. In der Nürnberger Straße und der Hilpertstraße Richtung Reinhardstraße wird grundsätzlich auf dem Gehweg geparkt. Wenn eine Streife dort vorbeikommt und von ihm zu den parkenden Fahrzeugen gerufen wird, reagieren die Beamten nicht darauf.</p> <p>Der Bürger fährt täglich bei der Hochstraße um die Ecke, dort wird auf dem Rechtsabbiegerfahrstreifen im absoluten Haltverbot geparkt. Auch dort greift die Polizei nicht ein.</p>	<p><u>Herr Utzmann</u> erklärt, dass die Polizei nicht alle Falschparker im Stadtgebiet verwarnen kann, da dies die personellen Möglichkeiten übersteigt. Einem Polizei-Fahrzeug kann auch nicht angesehen werden, ob dieses gerade zu einem Einsatz unterwegs ist oder von einem Einsatz zurückkommt und zur Dienststelle fährt. Das Stadtgebiet ist bei der Verkehrsüberwachung in den Innenstadtbereich und die Außengebiete aufgeteilt. Der Innenstadtbereich wird von der kommunalen Verkehrsüberwachung und die Außenbereiche werden von der Polizei abgedeckt. Die Polizei übernimmt allerdings auch im Innenstadtbereich Überwachungsaufgaben, insbesondere nachts und am Wochenende. Sie kann dort auch im Rahmen des Streifenendienstes tätig werden und tut dies auch. Es werden auch Statistiken erstellt, welchen entnommen werden kann, dass die Polizei auch bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs tätig wird.</p>	Die Beantwortung erfolgte in der Bürgerversammlung.
29	<p><u>Ein Bürger</u> teilt zur Aussage eines anderen Bürgers (Ifd. Nr. 1) bzgl. der Taxis mit, dass ein solches bei laufendem Dieselmotor keine 14 Liter/Stunde sondern 1,5 Liter/Stunde benötigt.</p>		Eine Beantwortung erfolgte nicht.
31	<p><u>Ein Bürger</u> teilt bzgl. der o.g. Anhänger mit, dass vor dem Installationsgeschäft Richter im o.g. Viertel ein Fahrschulanhänger einer Firma aus Baiersdorf zu Werbezwecken abgestellt ist. Dieser Anhänger ist auf einem Holzgestell befestigt. Nach Meinung von Herrn Graf ist das Werben mit Fahrzeugen in der Öffentlichkeit verboten.</p>	Der betroffenen Anhänger war nicht mehr vorhanden.	Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.
32	<p><u>Ein Bürger</u> bittet, zu kontrollieren, ob die vielen Pkws mit auswärtigem Kennzeichen von Anwohnern der Hilpertstraße nicht angemeldet werden müssen. Es handelt sich dabei um mind. 70 % der Fahrzeuge, die seit ca. drei bzw. vier Jahren dort stehen.</p>	Stichprobenartige Überprüfung ergab keine Verstöße gegen die Ummeldepflicht nach der StVZO. Es handelte sich in den meisten Fällen um Studenten, die die Fahrzeuge der Eltern benutzten.	Die Beantwortung erfolgte durch das Bürgeramt.
33	<p><u>Ein Bürger</u> teilt mit, dass man als Fußgänger in der Reinhardstraße und der Danziger Straße fast keine Möglichkeit hat, an Einmündungen die Straße zu überqueren, da die Gehwege ständig zugeparkt sind.</p>	Eine Überwachung im Außenbereich ist mit dem derzeitigen Personalbestand nicht möglich. Der Überwachungsschwerpunkt ist im Innenstadtbereich.	Die Beantwortung erfolgte telefonisch durch das Ordnungs- und Straßenverkehrsamt.
34	<p><u>Ein Bürger</u> bemängelt, dass sämtliche Umleitungen bei Baumaßnahmen durch die Hilpertstraße geführt wer-</p>	<p><u>Herr Sperber</u> wird das Anliegen eingehend prüfen. Er erklärt auch, dass die Hilpertstraße vom Querschnitt besser für Umleitungen ge-</p>	Die Beantwortung erfolgte durch das

	den. Dadurch entstehen immense Belästigungen durch den Verkehrslärm für die Anwohner.	eignet ist als die Rathenaustraße. Als ausgewiesene Hauptverkehrsstraße mit ausreichender Fahrbahnbreite und Verkehrssignalanlagen an der Nägelsbach- und der Nürnberger Straße ist die Hilpertstraße die einzig geeignete Straße für den Umleitungsverkehr.	Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.
35	<u>Eine Bürgerin</u> möchte wissen, inwieweit Farben an Häusern genehmigungspflichtig sind, da die SiWoGe das Haus gegenüber in einem grellen Rot gestrichen hat. Dies ist eine Belästigung für die Anwohner.	<u>Herr Bruse</u> erklärt, dass es im Zuge der Entbürokratisierung immer weniger genehmigungspflichtige Bestandteile im Baurecht gibt. Wenn in einem Bebauungsplan zur Farbe der Häuser nichts festgesetzt ist, hat die Stadt Erlangen als Bauordnungsbehörde keine Handhabe. Der Verunstaltungsparagraph im Baurecht, aufgrund dessen man eingreifen könnte, ist beschränkt anzuwenden, da auch die Verhältnismäßigkeit eine Rolle spielt. Es gab einmal einen Fall von einem blauen Dach in der Schillerstraße, bei dem die Eingriffsmöglichkeiten der Stadt Erlangen nicht besonders stark gegeben waren. Stärkere Einwirkungsmöglichkeiten und auch rechtliche Handhaben hat die Stadt Erlangen im Bereich des Denkmal- und Ensembleschutzes der Innenstadt. Im Außenbereich sind diese Möglichkeiten weniger gegeben.	Die Beantwortung erfolgte in der Bürgerversammlung.
36	<u>Ein Bürger</u> teilt mit, dass die Buslinie 293 durch den Röthelheimpark häufig verspätet an den Haltestellen ankommt. Er möchte wissen, ob man etwas an den Verspätungen ändern kann.	Die Verspätungen ergaben sich infolge von Behinderungen durch Baufahrzeuge in der Doris-Ruppenstein-Straße und im weiteren Verlauf auch durch die Bautätigkeiten in der Stettiner Straße. Diese Behinderungen sind zwischenzeitlich abgebaut. Darüber hinaus ergibt sich durch eine neue Fahrplankonzeption seit April 2006 eine zusätzliche Fahrzeitpufferung, die Verspätungen hilft, auszugleichen.	Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.
37	<u>Ein Bürger</u> bemängelt, dass es an den Wochenenden, vor allem abends, keine Busanbindungen in den Röthelheimpark gibt. Herr Linke hat diesbezüglich bereits mit Herrn Schuster von den ESTW gesprochen. Dieser teilte ihm mit, dass eine Busanbindung an den Wochenenden voraussichtlich im Zuge des Fahrplanwechsels 2006/2007 erfolgen wird. Der Bürger bittet zu prüfen, ob eine Anbindung schon früher möglich ist.	Aus redaktionellen und betrieblichen Gründen können maßgebende Fahrplanänderungen erst im Zuge des entsprechenden Fahrplanwechsels, der verbundweit im Dezember realisiert wird, durchgeführt werden. Die von Herrn Schuster zugesagte direkte Busanbindung der Haltestellen Siemens Med, Doris-Ruppenstein-Straße und Luise-Kiesselbach-Straße Samstags in der Zeit von ca. 16.15 – 19.15 Uhr und an Sonntagen von ca. 10.15 – 19.15 Uhr wurde fristgemäß zum 10. Dezember 2006 umgesetzt.	Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.
38	<u>Ein Bürger</u> teilt mit, dass im Sommer häufig Straßensperren wegen diverser Sportveranstaltungen wie z.B. der Skatenight im Röthelheimpark erfolgen mussten. Er		Die Beantwortung erfolgte durch das Sport- und Bäder-

	bittet, zum einen die Anwohner z.B. mit Flyern besser über solche Sperren zu informieren und zum anderen die Routen dieser Veranstaltungen besser über das Stadtgebiet zu verteilen.		amt.
39	Ein Bürger bemängelt, dass vor dem Anwesen Doris-Ruppenstein-Straße 11 noch kein Gehweg angefertigt wurde. Im Jahr 2005 wurde den Bewohnern des o.g. Hauses mitgeteilt, dass erst die Fertigstellung des Nebengebäudes (Doris-Ruppenstein-Straße 13) abgewartet werden muss. Im Sommer 2005 wurde dann der Eingangsbereich vor dem Anwesen Doris-Ruppenstein-Straße 11 mit einem Teerstreifen versehen. Herr Linke möchte nun wissen, ob vor dem Jahr 2007 ein Bürgersteig gebaut wird.	Der Bürgersteig wird voraussichtlich im Herbst 2006 angefertigt.	Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.
40	Ein Bürger ist mit der Beantwortung zu seinem Vorschlag, in der Komotauer Straße eine Tempo 30-Zone einzurichten, nicht zufrieden. Er bittet nochmals, eingehend zu prüfen, ob es nicht doch möglich ist, eine solche Zone dort anzuordnen, da es seiner Meinung nach Straßen mit weniger Bebauung, z.B. in Büchenbach, gibt, die auch als Tempo 30-Zone ausgewiesen sind.	Eine eingehende Überprüfung ergab kein anderes Ergebnis als das, welches schon durch Herrn Hanisch in der Bürgerversammlung (siehe lfd. Nr. 5) mitgeteilt wurde.	Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.
41	Ein Bürger bittet zu prüfen, ob es möglich ist, in der Stintzingstraße eine Verkehrsinsel einzurichten, um für die Fußgänger eine sichere Überquerung der Straße zu gewährleisten.	Grundsätzlich wäre es technisch möglich eine Mittelinsel in der Stintzingstraße einzurichten, dies ginge jedoch u. a. zu Lasten des ruhenden Verkehrs. Auch sind keine speziellen Fußgängerströme erkennbar, die eine Errichtung rechtfertigen würden.  Nach Mitteilung der Polizei ist lediglich im Bereich der Jean-Paul-Schule ein gesteigertes Querungspotential erkennbar, wenn Schüler die Fahrbahn überqueren, um zur Bushaltestelle zu kommen. Allerdings gibt es an der Schule Schülerlotsen, die für eine gesicherte Querung der als Tempo 30-Zone ausgewiesenen Stintzingstraße sorgen. Zudem sind die Kreuzungen Kolde-/ Stintzing-/Karl-Zucker-Straße sowie Nürnberger/Stintzingstraße signalgeregt, so dass gesicherte Querungsmöglichkeiten in zumutbarer Nähe vorhanden sind.  Sowohl die Fachdienststellen als auch die Polizei können aus den o. g. Gründen die Errichtung einer Mittelinsel in der Stintzingstraße nicht befürworten.	Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.

42	Ein Bürger teilt mit, dass er des öfteren in den Regnitzwiesen joggen geht und dabei schon zweimal von freilaufenden Hunden angefallen wurde. Er bittet, etwas gegen die freilaufenden Hunde und ihre Halter zu unternehmen.	Ein genereller Leinenzwang besteht im Stadtgebiet Erlangen nicht. Ein Hundehalter hat die Pflicht seinen Hunder jederzeit unter Kontrolle zu haben. Sollte dieser Verpflichtung nicht nachgekommen werden, können Zwangsmaßnahmen angeordnet werden. Hierzu wird der Name des Hundehalters benötigt.	Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.
----	--	--	---

III. Über <Amt 13-3/SGL> und <Amt 13/AL> an <Amt 13-2/Herrn Friedel> zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.

IV. Per Mail an <Ref. OBM> z. K.

V. Amt 13-3 z. V.

I. A.

Eckert